HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 06/2007

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Das Gespenst der „sanften Revolution“ / Westliche Agentenringe enttarnt / Rafsanschani kritisiert Benachteiligung von Frauen / Studenten im Visier der Machthaber / Ex-Atomhändler und früherer Botschafter in Deutschland unter Spionageverdacht / 70.000 afghanische Flüchtlinge ausgewiesen / US-Wissenschaftlerin iranischer Abstammung in Haft / Tageszeitung Schargh erscheint wieder / 50 „unislamisch gekleidete“ Frauen am Fliegen gehindert / EU protestiert gegen Welle von Festnahmen / Neues Fahrrad für Frauen

II. Wirtschaft
70 Prozent der Öleinnahmen nicht mehr in Dollar / Benzinpreis um 25 Prozent erhöht, Rationierung vorerst abgewendet / Irak lädt iranische Firmen zum Raffineriebau ein / Japan setzt UN-Sanktionsbeschlüsse um / Weißrussland vereinbart Erdöl-Kooperation mit Iran / Moskau sieht Ende der Atom-Zusammenarbeit mit Teheran gekommen / Zeitschrift: Iran kauft russische Waffensysteme über Syrien / Verurteilung wegen illegaler Exporte nach Iran

III. Außenpolitik
Iran installiert 3000 Zentrifugen zur Urananreicherung / USA: Iran-Bericht zeigt Missachtung der Staatengemeinschaft / US-Marine beginnt Kriegsschiff-Manöver vor Irans Küste / Corriere della Sera: Das iranische Regime soll destabilisiert werden / CBS: Ausländische Geheimdienste sabotieren Irans Atomprogramm / US-Regierung lehnt Gefangenenaustausch mit Iran ab / Iran-Kontaktmann im Irak festgenommen / Gespräche mit den USA nur „um Iraks willen“ / Direktgespräch USA-Iran in Bagdad / Keine gemeinsame US-iranische Parlamentariergruppe / Die militärische Option soll bleiben / Angeblich Waffenlieferungen Irans an Taliban / Schiitische Geistliche begrüßen iranisch-amerikanischen Dialog / Ayatollah Hakim zur medizinischen Behandlung in Iran / Mottaki zum Friedensvorschlag arabischer Staaten / Papst empfing Chatami

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2007 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Das Gespenst der „sanften Revolution“

Zu den Themen, die zurzeit in Iran diskutiert werden, gehört die „sanfte Revolution“. Wie in Panik reagiert das Regime auf jedes Signal, das auf den Versuch deuten könnte, das Regime von Innen zu unterhöhlen und seinen Sturz herbeizuführen. Die „sanfte Revolution“ beschäftigt die gesamte Presse und wird auch in der Bevölkerung heiß diskutiert. Aktuell wurde das Thema, nachdem sowohl innerhalb des Regimes als auch in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung einhellig die Überzeugung herrscht, dass die USA zumindest vorerst den Plan zu einem militärischen Angriff zu den Akten gelegt haben, nicht aber den zu einem Regimewechsel in Iran. Die meisten Kommentatoren kommen zu dem Schluss, dass man in Washington endlich eingesehen habe, dass ein Angriff auf Iran weit katastrophalere Folgen als der Irak-Krieg haben würde. Daher wolle die US-Regierung alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen, um das herrschende Regime in Iran zum Sturz zu bringen. Dazu gehören die Mobilisierung der Golfstaaten zu einer Front gegen Iran, das Schüren der Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten sowie der ethnischen und religiösen Konflikten im Landesinnern zwischen der persischen Mehrheit und den kurdischen, arabischen, belutschischen, azerischen und turkmenischen Minderheiten sowie zwischen Muslimen, Christen und Juden.

Damit nicht genug. Nachdem die US-Regierung vor mehr als einem Jahr erklärt hat, zusätzliche 87 Millionen US-Dollar zur Unterstützung der iranischen Opposition bereitgestellt zu haben, wird diese Bekanntgabe seitens des Regimes als Vorwand genommen, um jede Kritik oder jede gesellschlich-politische Aktivität, die dem Regime nicht genehm ist, als von außen gesteuert zu denunzieren. Der gesamte Propagandaapparat läuft auf vollen Touren, um Frauen, Studenten, Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten in Verdacht zu bringen, Agenten ausländischer Geheimdienste zu sein. Selbst der Streik der Lehrer, die seit Jahren bessere Tarife fordern oder der Streik von Fabrikarbeitern und Busfahrern wird mit dem Ausland in Verbindung gebracht. Auch jeder, der ins Ausland reist, um an einer Tagung oder Konferenz teilzunehmen, eine Ausbildung zu machen oder zu wissenschaftlichen Instituten Kontakt aufzunehmen, gerät in den Verdacht der Agententätigkeit. All dies hat in den letzten Monaten zu zahlreichen Festnahmen geführt. Gleichgültig wann, wie, unter welchen Umständen und unter welchem Vorwand der Einzelne festgenommen wurde, die Staatsanwaltschaften haben immer dieselben Formulierungen parat: Aktivitäten gegen die Staatsordnung, gegen die nationale Sicherheit und Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten und Botschaften. - Mit der Ankündigung, die iranische Opposition unterstützen zu wollen, haben die USA der dortigen Zivilgesellschaft einen Bärendienst erwiesen.

In diesem Zusammenhang hat der iranische Journalist Emad ad-din Baghi einen offenen Brief an internationale Menschenrechtsorganisationen veröffentlicht, in dem er diese Organisationen aufgefordert, über die amerikanische Unterstützungen „zur Entwicklung der Demokratie in Iran“ Klarheit zu schaffen. Denn diese angeblichen Hilfsleistungen hätten zur Verschärfung der Repressionen in Iran geführt.

Als Beispiel führt Baghi, der dem Verein zur Verteidigung der politischen Gefangenen vorsitzt, den Fall des Journalisten Siamak Pursand an. Der Journalist sei Monate lang im Gefängnis mit Verhören gequält und zu Selbstbezichtigungen gezwungen worden. Eine Videoaufnahme dieser Geständnisse sei im Fernsehen gezeigt worden. Angeblich soll Pursand gestanden haben, Gelder, die er aus dem Ausland erhalten habe, unter Journalisten im Inland verteilt zu haben.

Gerichtet an die Menschenrechtsorganisationen schreibt Baghi: „Wir in Iran haben genauso wie Sie gegenüber staatlicher Repressionen eine Sensibilität entwickelt und fühlen uns verpflicht, auf diese Repressionen zu reagieren, selbst dann, wenn wir dafür Konsequenzen in Kauf nehmen müssen.“ Die Reaktion sei insbesondere dann notwendig, wenn es sich um neue Methoden der Repression handelt, schreibt Baghi.

„Die amerikanische Regierung erklärt Jahr für Jahr, Gelder zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechte in Iran zur Verfügung gestellt zu haben, die auch vom amerikanischen Kongress bewilligt wor-

den seien“, schreibt Baghi. „Und dies wird propagandistisch gegen Iran ausgeschlachtet. Genauso wie die US-Regierung reagieren würde, wenn sie erführe, dass eine Gruppe von US-Bürgern von Al Kaida oder aus Iran Geld erhalte, um die Sicherheit des Landes zu gefährden, reagiert auch die iranische Regierung auf Personen, die angeblich aus den USA Geld erhalten hätten, um den Sturz des Regimes in Iran vorzubereiten.“

Die angeblichen Hilfsgelder aus den USA hätten in Iran eine Atmosphäre des Misstrauens gegenüber der Zivilgesellschaft und ihrer Organisationen erzeugt, was zur Verfolgung und Inhaftierung zahlreicher Personen geführt habe, erklärt Baghi. Selbstverständlich könnten diese Repressionsmaßnahmen nicht gänzlich auf das entstandene Misstrauen zurückgeführt werden. Die Erklärungen aus Washington würden auch von Gegnern der Freiheit zum Vorwand genommen, um ihr Vorgehen gegen Andersdenkende zu legitimieren. Er selbst sei in den vergangenen vierzehn Monaten sieben Mal verhört worden, habe jedoch bisher darüber geschwiegen, um eine weitere Zuspitzung der Atmosphäre zu vermeiden.

Obwohl es bisher keinen einzigen Beweis gegeben habe, dass irgendwelche Gelder aus den USA zur Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft nach Iran geflossen seien, appelliert Baghi an die Menschenrechtsorganisationen, dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen in Washington endlich die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Personen oder Institutionen sie bisher finanziell unterstützt haben. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Washington trotz der Kenntnis über die Folgen, die angebliche finanzielle Unterstützung für die iranische Opposition propagiert. Es könne durchaus stimmen, dass eine Handvoll Iraner im Ausland Empfänger amerikanischer Unterstützungen seien, „den Preis dafür zahlen die Iraner im Inland“, schreibt Baghi.

Westliche Agentenringe enttarnt

Iran hat nach eigenen Angaben mehrere westliche Agentenringe enttarnt. Die Spionageringe seien von Besatzungsmächten im Irak geleitet worden, erklärte das Geheimdienstministerium in Teheran am 27. Mai. Die Agenten seien im Westen, Südwesten und in Zentraliran tätig gewesen und von irakischen Gruppen unterstützt worden. Einzelheiten will das Ministerium in den kommenden Tagen bekannt geben. Namentlich wurde in der Erklärung kein westlicher Staat genannt. Doch hatte Iran den USA und Großbritannien, die die Koalitionstruppen im Irak anführen, bereits mehrfach vorgeworfen, die Sicherheitslage in der Islamischen Republik untergraben zu wollen.

Rafsanschani kritisiert Benachteiligung von Frauen

Es ist schon erstaunlich, dass sogar ein konservativer Politik wie Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani, der an der Unterdrückung der Frauen keinen geringen Anteil hatte, sich nun genötigt fühlt, die Benachteiligung von Frauen zu kritisieren. Politische Beobachter führen dafür zwei Gründe an. Erstens habe der Kampf der Frauen für Gleichberechtigung den Druck von unten soweit erhöht, dass selbst konservative Politiker darauf reagieren müssen. Zweitens wolle Rafsandschani im Kampf gegen die Regierung Ahmadinedschad mit populistischen Sprüchen Punkte sammeln.

Manche Gesetze seien für Frauen problematisch, sagte Rafsandschani. „Es zeigt sich, dass diese Gesetze nicht mehr in unsere Zeit passen.“ Diese Äußerung begründet Rafsandschani damit, dass Frauen heute in Bereichen wie Bildung, Forschung und auch Unternehmensführung Hervorragendes geleistet hätten. Daher müssten ihre Rechte akzeptiert und geachtet werden. „Jedes Land, das sich entwickeln will, darf nicht auf wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Teilnahme und Aktivitäten der Hälfte seiner Bevölkerung verzichten“, betonte Rafsandschani. Die Zunahme der Präsenz der Frauen bei Kommunalwahlen habe einen hohen Stellenwert. Frauen könnten auf diesem Weg Karriere machen und politisch und gesellschaftlich mehr Verantwortung übernehmen. Dadurch könnten sie die ihnen gebührenden Positionen erreichen. Für einen kulturellen und gesellschaftlichen Wandel sei viel Basisarbeit notwendig. Frauen sollten durch eine bessere Ausbildung gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen können. Ein wichtiger Weg dahin sei die Bildung von Frauenorganisationen.

Diese Äußerung Rafsandschanis gewinnt umso mehr an Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, dass gerade in den letzten Monaten die Repression gegen Frauen und ihre Organisationen enorm zugenommen hat und zahlreiche Frauenrechtlerinnen verhaftet und zum Teil zu langjährigen Strafen verurteilt worden sind.

Studenten im Visier der Machthaber

Anfang Mai erschienen an der Teheraner Amir Kabir Universität vier verschiedene Studentenzeitungen am gleichen Tag, zur selben Stunde, mit demselben Inhalt: Karikaturen, die das Regime, insbesondere den Revolutionsführer, verunglimpften, kritische Artikel und Kommentare durchsetzt mit beleidigenden Ausdrücken. Kaum hatten die Studenten einen Blick auf die Zeitungen geworfen, schon erschien eine Schar von Basidji-Milizen, die mit erhobenen Fäusten die Festnahme der verantwortlichen Zeitungsredakteure verlangte. Die Aktion war zu offensichtlich. Rasch veröffentlichten die Redakteure eine gemeinsame Erklärung, bezeichneten die verteilten Zeitungen als Fälschung, als Provokation, als Versuch, dem Regime eine Handhabe zu liefern, um die Zeitungen zu verbieten und kritische Studenten einzukerkern. „Kein vernünftiger Mensch würde solche Karikaturen und Artikel in der eigenen Zeitung mit erkennbarem Logo veröffentlichen“, sagte einer der Redakteure. „Außerdem wird sich jeder fragen, wie es kommt, dass vier verschiedene Zeitungen mit gleichem Inhalt erscheinen. Es ist ganz offensichtlich, dass es sich um eine Verschwörung handelt.“

Der Vorfall ist nur ein kleiner Teil eines größeren Plans, der seit Ahmadinedschads Regierungsübernahme Schritt für Schritt durchgesetzt wird, mit dem Ziel, liberale und säkulare Gedanken auszugrenzen und die Universitäten und Hochschulen zu „islamisieren“, ein Versuch, der bereits in den ersten Jahren nach der Revolution erprobt wurde und scheiterte.

So wurden zahlreiche Professoren, ungeachtet ihres Alters, in den Ruhestand versetzt, vielen Studenten wurde die Aufnahme verweigert, viele wurden exmatrikuliert und eine ganze Reihe in Haft gesteckt. „Allein letzte Woche wurden 93 Studenten von so genannten „Disziplinarkomitees“ zum Verhör vorgeladen, wobei einige von ihnen mit schweren Disziplinarmaßnahmen bestraft wurden“, schreibt die Studentenorganisation Tahkim Wahdat in einer Erklärung vom 19. Mai, die von der Nachrichtenagentur ILNA veröffentlicht wurde. „Sechs Studentenzeitungen wurden verboten und drei Organisationen zur Auflösung gezwungen. Im Verlauf des vergangenen Monats sind 23 Studenten verhaftet worden, sechs davon befinden sich immer noch in Haft“, heißt es weiter in der Erklärung. Berichte aus den Universitäten und Hochschulen besagen, dass es überall brodelt. Sollte die Repressionswelle fortgesetzt werden, ist stark anzunehmen, dass es bald zu größeren Unruhen kommen wird.

Ex-Atomhändler und früherer Botschafter in Deutschland unter Spionageverdacht

Der ehemalige Vertreter Irans bei der IAEA in Wien, der zuvor Botschafter Irans in Deutschland war, Hossein Mussavian, wurde am 1. Mai unter dem Verdacht der Weitergabe von Informationen an ausländische Geheimdienste in Haft genommen. Zurzeit ist Mussavian stellvertretender Leiter des Zentrums für strategische Fragen. Seine Verhaftung hat in Iran ein Beben ausgelöst, denn Mussavian gehört nicht nur zu den schärfsten Kritikern der iranischen Atompolitik unter Ahmadinedschad, er gehört auch zu dem engsten Kreis um Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani und dem früheren Chefatomunterhändler Hassan Rohani. Als der UN-Sicherheitsrat im Dezember vergangenen Jahres die erste Resolution (1737) im Atomkonflikt gegen Iran verabschiedete, war Mussavian der erste, der den Mut aufbrachte, die Aussetzung der Urananreicherung zu fordern. „Diese Resolution als illegal und illegitim abzustempeln, wird keines unserer Probleme lösen“, sagte er.

Ob Mussavian, der aufgrund seiner wichtigen Rolle in der Außenpolitik weitreichende Kontakte mit dem Ausland pflegte, tatsächlich geheime Informationen weitergegeben hat, oder seine Festnahme eher mit dem inneren Machtkampf zu tun hat, der seit geraumer Zeit im Iran tobt, bleibt vorerst ungeklärt. Besonders auffallend war, dass die engsten politischen Freunde Mussavians in den ersten Tagen zu keinem Kommentar über die Festnahme bereit waren. Haschemi Rafsandschani, von einem Journalisten gefragt, sagte

lediglich: „Wir werden bald die wahren Gründe erfahren. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.“

Vielleicht haben die Radikalen um Ahmadinedschad diese Äußerung Rafsandschanis als Drohung aufgefasst und befürchtet, er werde aus der Schule plaudern, vielleicht wurde auch hinter den Kulissen ein vorläufiger Waffenstillstand vereinbart. Jedenfalls wurde Moussavian nach gut einer Woche erst einmal gegen eine hohe Kaution freigelassen. Der Fall werde nun gründlich untersucht, sagte Oberstaatsanwalt Said Mortasawi. Einzelheiten nannte er nicht. Nach Angaben von Geheimdienstminister Gholamhossein Mohseni-Ejehi luden die Behörden im Zusammenhang mit dem Fall zwei Personen vor. Auch dazu wurde nichts Näheres bekannt. Am 9. Mai wurde einem Medienbericht zufolge ein Mann wegen Weitergabe von Geheiminformationen über das Atomprogramm an Exil-Iraner zu drei Jahren Haft verurteilt.

70.000 afghanische Flüchtlinge ausgewiesen

Innerhalb eines Monats wurden rund 70.000 afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat abgeschoben. Wie das UN-Flüchtlingswerk am 21. Mai in Kabul mitteilte, übt Teheran auf die afghanischen Flüchtlinge zunehmend Druck aus, um sie zur baldigen Rückkehr zu bewegen. Insgesamt wird die Zahl der afghanischen Flüchtlinge im Iran auf rund 1,5 Millionen geschätzt. Teheran will ihre Rückkehr innerhalb eines Jahres erzwingen.

Der Umgang mit den afghanischen Flüchtlingen in Iran erfüllt die UN-Unterorganisation mit Sorge. Ein derart großes Rückkehrer-Programm müsse „allmählich und geregelt“ organisiert werden, sagte ein Sprecher des Flüchtlingswerks. Einzelne Flüchtlinge erklärten, dass Familien zerrissen wurden. In Kabul löste die Rückkehr der Flüchtlinge erhebliche Spannungen aus. Das afghanische Parlament will nun die Entlassung von Außenminister Dadfar Spanta erreichen. Am 10. Mai hatte bereits der mit Flüchtlingsfragen befasste Minister Akbar Akbar sein Amt nach einer Abstimmung im Parlament aufgegeben.

Afghanistans Gesundheitsminister Mohammad Amin Fatemi erklärte bei einer Pressekonferenz in Kabul am 25. Mai, er befürchte, dass der Strom der Rückkehrer zu Epidemien in Afghanistan führen könnte, denn die Hilfsorganisationen seien nicht in der Lage, die Flüchtlinge zu versorgen. Die Massenausweisung könne zu einer großen Katastrophe werden, mahnte der Gesundheitsminister. Auch die Verbreitung von Aids sei nicht ausgeschlossen. Ein Großteil der registrierten Aids-Kranken in Afghanistan gehöre dem Kreis jener Flüchtlinge an, die aus Iran oder Pakistan zurückgekehrt seien. Der Gesundheitsminister appellierte an Iran, zur Verhinderung einer Katastrophe Massenausweisungen zu unterlassen.

Bis vor dem letzten Afghanistan-Krieg beherbergte Iran zeitweise mehr als drei Millionen afghanischer Flüchtlinge, die ihre Heimat während der sowjetische Invasion und des anschließenden Bürgerkriegs verlassen hatten. Selbstverständlich erzeugte dieser große Flüchtlingsstrom zahlreiche ökonomische und auch gesellschaftliche Probleme. Dennoch wurden die afghanischen Nachbarn im Allgemeinen mit Wohlwollen und freundlich behandelt. Doch seit zwei Jahren glaubt die iranische Regierung, auch auf Grund der enorm hohen Arbeitslosigkeit in Iran, die Flüchtlinge, insbesondere solche, die illegal im Land leben, ausweisen zu können.

US-Wissenschaftlerin iranischer Abstammung in Haft

Die iranischen Behörden haben der in Teheran inhaftierten US-Wissenschaftlerin iranischer Abstammung, Haleh Esfandiari, vorgeworfen, auf einen Umsturz in der Islamischen Republik hinzuarbeiten. Dies habe die 67-jährige im Verhör zugegeben, teilte das iranische Geheimdienstministerium am 22. Mai mit. Die Wissenschaftlerin habe ausgesagt, dass ihr Forschungsprogramm über Iran von der Stiftung des US-Bankiers George Soros finanziert werde. Der iranische Ableger der Stiftung baue ein Netzwerk auf, das einen Umsturz zum Ziel habe, wurde Esfandiari weiter zitiert.

Die Wissenschaftlerin hatte 1979 nach dem Sturz des Schah Iran verlassen. Sie kehrte in das Land zurück, um ihre 93-jährige kranke Mutter zu besuchen. Sie wurde dort eines Tages auf der Straße überfallen, wobei auch ihre Reiseausweise geraubt wurden. Wochen-

lang bemühte sie sich um Ausreisepapiere, die ihr verweigert wurden. Schließlich wurde sie am 8. Mai in Haft genommen.

Esfandiari leitete in Washington das Nahost-Programm am Woodrow Wilson International Center. US-Außenministerin Condoleezza Rice hat wenige Tage nach der Verhaftung von Esfandiari ihre Freilassung gefordert. Die iranischen Behörden erkennen jedoch die doppelte Staatsangehörigkeit der Wissenschaftlerin nicht an und betrachten die Angelegenheit als intern. Auch zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben inzwischen gegen die Festnahme Esfandiaris protestiert. Eine Gruppe zum Teil namhafter Akademiker hat gefordert, einen „akademischen Boykott“ über Iran zu verhängen, dergestalt, dass bis zur Freilassung Esfandiaris kein Akademiker an Tagungen oder Kongressen in Iran teilnimmt und auch iranische Akademiker nicht zu ähnlichen Veranstaltungen eingeladen werden.

Neben Esfandiari wurden in den letzten Wochen weitere US-Bürger iranischer Herkunft festgenommen, unter anderem Ali Schakeri, der mit einer Friedensgruppe in Los Angeles zusammenarbeitet und Kian Tajbakhsh, Mitarbeiter eines privaten US-Instituts. Tajbkhsh sei um den 11. Mai herum festgenommen worden, teilte das Open Society Institute des US-Milliardärs George Soros, für das der 45-jährige im Bereich Städteplanung arbeitet, am 23. Mai in einer Erklärung mit. Tajbakhsh arbeitet auch für die Weltbank.

„Wir sorgen uns um seine Sicherheit und fordern seine unverzügliche Freilassung“, erklärte das Open Society Institut, das den Aufbau demokratischer Institutionen fördert. Tajbakhsh arbeitet seit 2004 mit Wissen der iranischen Regierung für das Institut als Berater.

Tageszeitung Schargh erscheint wieder

Die liberale Tageszeitung „Schargh“, die vor acht Monaten verboten wurde, durfte ihr Erscheinen wieder aufnehmen. Am 15. Mai war bereits die erste Nummer nach dem Verbot an den Kiosken erhältlich. Schargh war im September wegen des Vorwurfs der Gotteslästerung und der Beleidigung von Amtsträgern geschlossen worden. Im März hoben die Behörden das Verbot wieder auf. Politische Beobachter vermuten, dass Schargh verboten wurde, weil die Zeitung sowohl bei den Präsidentschaftswahlen 2005, als auch danach den Rivalen Ahmadinedschads Haschemi Rafsandschani unterstützte und mit der neuen Regierung kritisch umging.

Offenbar ist die Wiederzulassung der Zeitung erst erfolgt, nachdem die Herausgeber sich bereit gezeigt haben, die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Chefredakteur Ghutschani zu beenden. Ghutschani soll, wie bekannt gegeben wurde, mit der Zeitung Hammihan zusammenarbeiten, die ebenfalls verboten und wieder zugelassen wurde.

50 „unislamisch gekleidete“ Frauen am Fliegen gehindert

In der Zeit von Ende April bis zum 13. Mai wurden rund 50 Frauen wegen unislamischer Kleidung an Flugreisen gehindert. „50 schlecht verschleierten Frauen wurde wegen mangelnden Respekts vor den islamischen Vorschriften verboten, Inlands- und Auslandsflüge zu machen“, sagte der Chef der Flughafenpolizei, Mahmud Botschekan, laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Fars vom 13. Mai. Mehr als 17.000 Frauen seien in diesem Zeitraum aus demselben Grund verwarnt worden. 850 von ihnen hätten eine schriftliche Erklärung abgeben müssen, in der sie sich verpflichteten, künftig die korrekte Verschleierung zu respektieren.

Seit Mitte April geht die iranische Polizei verstärkt gegen Frauen vor, die nicht vorschriftsgemäß gekleidet sind. Solche Aktionen werden zwar jedes Jahr zu Beginn der Sommerzeit, in der sich Frauen aufgrund der herrschenden Hitze leichter anziehen möchten, durchgeführt. Aber in diesem Jahr ist der Druck besonders hoch.

Neben Kleidungskontrollen wurden wieder einmal landesweit Parabolantennen beschlagnahmt. Es scheint, dass dieser Konflikt zwischen der islamischen Führung und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sich nie lösen lassen wird. Die Parabolantenne, die den Zugang zu ausländischen Fernsehprogrammen bedeutet, ist den Islamisten ein Lieblingsfeind: Ausländische Fernsehprogramme, insbesondere jene in persischer Sprache, die zumeist aus den USA senden, wirken offen oder auch unterschwellig den kulturellen Vorstellungen entgegen, die dem Volk aufgezwungen werden sollen. Zudem werden die

Zuschauer auch über Nachrichten informiert, die die iranische Staatsführung dem eigenen Volk vorenthalten möchte. Aber gleich wie hoch der Druck ist und wie oft die Antennen eingesammelt werden, nach wenigen Tagen ragen sie wieder aus den Dächern heraus.

EU protestiert gegen Welle von Festnahmen

Die EU hat sich tief besorgt über zunehmende Menschenrechtsverstöße in Iran geäußert. Beunruhigend sei die aktuelle Welle von Verhaftungen von Bürger- und Frauenrechtlern, hieß es in einer am 25. Mai in Berlin veröffentlichten Erklärung der deutschen Ratspräsidentschaft. Lehrer, Studenten, Gewerkschaftsmitglieder, Wissenschaftler und Journalisten, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten, würden systematisch eingeschüchtert.

Mit Gewalt würden strengere Kleidungsvorschriften für Männer und Frauen durchgesetzt, hieß es weiter. In jüngster Zeit seien drei Büros von Nichtregierungsorganisationen geschlossen worden. Auch die Lage ethnischer und religiöser Minderheiten verschlechtere sich. Dazu würden Todesurteile auch für Jugendlichen fortgesetzt sowie Amputationen und andere grausame Strafen wie die Steinigung. Die EU appellierte an Teheran, an den Moratorien für solche Strafen festzuhalten und diese umgehend gesetzlich zu verankern.

Neues Fahrrad für Frauen

Das Amt für Frauenangelegenheiten in der mitteliranische Stadt Arak hat einem Bericht er Tageszeitung „Iran“ zufolge beschlossen, eine besondere Ausführung von Frauenfahrrädern herzustellen. Das islamische Fahrrad ist mit einer Schutzkabine umgeben, die den Körper von Frauen von den Füßen bis zum Gürtel vor Männerblicken schützt. Elaheh Sofali, die das Modell mit entworfen hat, erklärte, Ziel sei, den Frauen „Gesundheit, Liebe zum Sport und Freude am Leben“ zu verleihen.

II. Wirtschaft

70 Prozent der Öleinnahmen nicht mehr in Dollar

Iran rechnet mittlerweile etwa 70 Prozent seiner Öleinnahmen nicht mehr in Dollar ab und könnte sich weiter von der US-Währung lösen. „Falls der Dollar noch schwächer wird, werden wir den Anteil der anderen Währungen erhöhen“, sagte ein Top-Manager der staatlichen Ölfirma NIOC am 26. Mai. Im März hatte der zweitgrößte Ölexporteur der OPEC noch 40 Prozent der Öl-Erlöse in Dollar eingenommen. In den zwölf Monaten bis Ende März exportierte Iran Öl im Wert von insgesamt etwa 53 Milliarden Dollar.

Iran hatte bereits vor einigen Monaten angekündigt, sich von der US-Währung zu lösen und auf Euro umzusteigen. Der Gouverneur der Notenbank erklärte, derzeit würden lediglich 20 Prozent der Währungsreserven in Dollar gehalten. Auch Venezuela hatte sein Interesse daran geäußert, Öl in Euro abzurechnen.

Benzinpreis um 25 Prozent erhöht, Rationierung vertagt

Die iranische Regierung hat am 22. Mai den Benzinpreis um 25 Prozent angehoben, die angekündigte Rationierung jedoch vorerst verschoben. Der Preis pro Liter stieg für Normalbenzin auf umgerechnet 10 Cent und für Superbenzin auf 14 Cent.

Viele Iraner hatten noch in Erwartung einer Rationierung bis tief in der Nacht vor Tankstellen Schlage gestanden, um sich zu bevorraten. Innenminister Mostafa Pourmohammadi sagte im Parlament, der Treibstoff könne ab 5. Juni rationiert werden. Die dann zugelassenen Volumen würden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Die Regierung will mit der Rationierung die Abhängigkeit des Landes von Importen senken. Trotz des Ölreichtums ist Benzin in Iran knapp, weil das Land nur über begrenzte Raffinerie-Kapazitäten verfügt.

Irak lädt iranische Firmen zu Raffineriebau ein

Der Irak hat Firmen seines Nachbarlandes eingeladen, sich am Aufbau von Raffinerien zu beteiligen. Die irani-

schen Unternehmen seien aufgefordert, Angebote für den ausgeschriebenen Neubau von vier Anlagen einzureichen, sagte ein Sprecher des irakischen Ölministeriums am 16. Mai. Die Beziehungen zwischen den ehemaligen Erzfeinden haben sich seit der US-Invasion im Irak im Jahr 2003 deutlich gebessert.

Die USA, arabische Staaten sowie irakische Sunniten befürchten vermehrte Allianzen zwischen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak mit Glaubensbrüdern in Iran. Vor allem die USA werfen Iran vor, sich zunehmend in die Belange Iraks einzumischen und damit die Bemühungen um eine Befriedung des Landes zu gefährden.

Irak besitzt derzeit acht Ölraffinerien, will aber wegen der chronischen Treibstoffknappheit vier weitere Anlagen bauen. Vor allem Generatoren in dem eigentlich ölreichen Land fressen viel Treibstoff, auch die grassierende Korruption und der Schmuggel in Nachbarländer lässt die Vorräte rapide schrumpfen.

Zu fragen bleibt nur, warum Iran, das selbst jährlich für Milliarden Dollar Benzin importiert, nicht für das eigene Land Raffinerien baut.

Japan setzt UN-Sanktionsbeschlüsse um

Japan versucht, die Sanktionsbeschlüsse, die der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1747 am 24. März gegen Iran beschlossen hat, umzusetzen. Die Sanktionen richten sich sowohl gegen bestimmte Personen als auch gegen iranische Institutionen und Unternehmen, die in das iranische Atomprogramm involviert sind.

Japan hat bekannt gegeben, dass die Bankkonten von 13 Firmen und 15 Personen in Übereinstimmung mit der UN-Resolution geschlossen werden. Zwischen Japan und Iran bestehen weitreichende Wirtschaftsbeziehungen. Das Handelsvolumen hatte im vergangenen Jahr einen Wert von fast zwölf Milliarden US-Dollar erreicht, wobei der Anteil des iranischen Exports, der hauptsächlich aus Erdöl besteht, bei zehn Milliarden US-Dollar liegt. Damit ist Iran nach Saudi-Arabien und den Emiraten der drittgrößte Öllieferant Japans.

In den letzten Monaten stößt der Außenhandel Irans aufgrund der Sanktionen zunehmend auf Schwierigkeiten. Japan hatte bereits vor sechs Monaten seine Investitionen in den Ölfeldern von Asadegan von 75 Prozent auf zehn Prozent reduziert, obwohl es vertragsgemäß bereits drei Raten in Höhe von insgesamt 3 Milliarden US-Dollar gezahlt hatte. Dass Japan trotz eines hohen Bedarfs an Öl die Sanktionen gegen Iran mit trägt, wird allgemein auf den Druck aus Washington zurückgeführt.

Weißrussland vereinbart Erdöl-Kooperation mit Iran

Nach einem Streit mit Russland über deutlich höhere Energiepreise setzt Weißrussland künftig stärker auf Iran als Öllieferant. Russland hatte zum Jahresbeginn den Preis für sein Gas an die ehemalige Sowjet-Republik verdoppelt und auch seinen Vorzugspreis beim Öl abgeschafft.

Der wegen seines autokratischen Regierungsstils vom Westen kritisierte Präsident Alexander Lukaschenko empfing am 21. Mai seinen iranischen Amtskollegen Mahmud Ahmadinedschad, der sich wiederum wegen seines umstrittenen Atomprogramms mit UN-Sanktionen konfrontiert sieht.

Bei ihrem Treffen schlossen beide Politiker ein Abkommen, das der Regierung in Minsk Öl aus Iran garantieren soll. Über Beginn und Umfang der Lieferungen machte Lukaschenko indes keine Angaben.

Ahmadinedschad, der Lukaschenko als einen seiner besten Freunde bezeichnete, erklärte auf einer Pressekonferenz mit Lukaschenko, beide Staaten seien bei vielen außenpolitischen Fragen einer Meinung. „Wir sind gegen eine unipolare Weltordnung“, sagte der iranische Präsident, der im Nahen Osten eine regionale Führungsrolle anstrebt. „Bestimmte Länder“ dürften ihre Ansichten anderen Staaten nicht aufzwingen, fügte Ahmadinedschad hinzu, ohne die USA konkret zu nennen.

Moskau sieht Ende der Atom-Zusammenarbeit mit Teheran gekommen

Die angesichts des Atomstreits mit Iran international umstrittene russisch-iranische Atom-Zusammenarbeit steht nach russischen Angaben offenbar vor dem Aus. Die laxe Zahlungsmoral

Teherans bei der Finanzierung des Reaktorbaus in Buschehr deute darauf hin, das die iranische Führung das Interesse an dem Gemeinschaftsprojekt verloren habe, zitierte die Nachrichtenagentur Ria Nowosti am 25. Mai einen ungenannten russischen Atomvertreter. Eine Sprecherin des Unternehmens sagte, ein für den 5. Mai geplanter Teheran-Besuch des russischen Verantwortlichen für den Reaktorbau, des Chefs des Atomstroiexport-Konzerns Sergej Schmatko, sei abgesagt worden. Zuvor müsse Teheran „einige Fragen“ beantworten.

Moskau habe den „bedauerlichen Eindruck“, dass Teheran das Interesse verloren habe, sagte der Vertreter. „Sie finanzieren das Projekt nicht korrekt.“ Für Russland sei Buschehr bereits unrentabel. Moskau werde dennoch seinen vertraglichen Pflichten nachkommen, wenn Teheran zahle, sonst nicht. Nach Angaben der russischen Atomenergiebehörde Rosatom sind seit Jahresbeginn monatlich 25 Millionen Dollar aus Teheran fällig. Bislang seien aber erst insgesamt 20 Millionen Dollar überwiesen worden.

Das Atomkraftwerk Buschehr ist zu 95 Prozent fertig gestellt. Es sollte ursprünglich bereits im September ans Netz gehen. Mitte April hatte der Chef des russischen Sicherheitsrates, Igor Iwanow, mitgeteilt, das Kraftwerk könne aufgrund technischer und finanzieller Schwierigkeiten nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitraums fertig gestellt werden.

Die USA sehen das russische Atom-Engagement in Iran mit Argwohn. Washington und die EU befürchten, dass Teheran unter dem Deckmantel angeblich ziviler Nuklearnutzung ein Atomwaffenprogramm betreibt.

Zeitschrift: Iran kauft russische Waffensysteme über Syrien

Einer in Großbritannien erscheinenden Zeitschrift zufolge, plant Syrien den Weiterverkauf russischer Waffen nach Iran. Mindestens zehn von fünfzig bestellten russischen Luftabwehrsystemen sollen laut einem am 21. Mai veröffentlichten Bericht von „Jane’s Defence Weekly“ von Damaskus aus Ende kommenden Jahres an das iranische Militär weiterverkauft werden.

Im Gegenzug wolle Teheran einen Teil der Waffensysteme Syriens finanzieren. Dabei handele es sich um Kurzstreckengeschütze und Flugabwehrraketen, die Syrien zu Beginn des Jahres für 730 Millionen Dollar in Russland bestellt habe. Die Regierung in Moskau sei offiziell nicht von dem Abkommen zwischen Syrien und Iran informiert gewesen, berichtete das Magazin.

Dazu erklärte die russische Regierung am 23. Mai, sie habe indirekte Waffenverkäufe durch Syrien an Iran nicht gebilligt. Der erste stellvertretende Ministerpräsident Sergej Iwanow sagte, Syrien sei nicht die Erlaubnis erteilt worden, Luftverteidigungssysteme nach Iran weiterzuveräußern. Der mit der Regierung in Damaskus geschlossene Vertrag sehe vor, dass Russland vor einem derartigen Geschäft ausdrücklich sein Einverständnis erklären müsste. Iwanov bestätigte zudem nicht, dass Iran bereits Systeme von Syrien übernommen habe.

Verurteilung wegen illegaler Exporte nach Iran

Wegen des illegalen Exports von Rüstungsgütern nach Iran hat ein Gericht in Kalifornien einen Angeklagten zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der 52-jährige hatte sich bereits im Juni schuldig bekannt, gegen das Ausfuhrverbot verstoßen zu haben. Der in Iran geborene US-Bürger war im Februar 2006 festgenommen worden, nachdem bei ihm Wartungssets für Kampfjets vom Typ F-14 gefunden worden waren. Die Beamten entdeckten nach Behördenangaben 13.000 Flugzeugteile im Wert von mehr als 500.000 Dollar im Haus des Verurteilten und seiner Ehefrau. Das Paar hatte die Teile über Deutschland nach Iran geschickt. Die Ehefrau war bereits im März wegen Falschaussage zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.

III. Außenpolitik

Iran installiert 3000 Zentrifugen zur Urananreicherung

Iran installiert in seiner Atomanlage 3000 Zentrifugen zur Urananreicherung. Wie die iranische Nachrichtenagentur Mehr unter Berufung auf einen hochrangigen Regierungsvertreter am 18. Mai berichtete, arbeiteten davon bereits 1600 Zentrifugen. Ziel Irans ist es, im Rahmen seines umstrittenen Atomprogramms in Natans innerhalb von zwei bis vier Jahren 50 000 Zentrifugen zur Urananreicherung zu betreiben.

Der iranische Atomverhandlungsführer Ali Laridschani warnte die Vereinten Nationen erneut vor einer neuen Resolution und Sanktionen. Teheran hat bereits mehrfach gedroht, Iran werde seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) überprüfen oder den Vertrag für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen kündigen.

Der Generaldirektor der IAEA, Mohammad El Baradei, hatte am 15. Mai in einem Interview der „New York Times“ erklärt, das iranische Atomprogramm zur Urananreicherung laufe augenscheinlich besser als erwartet. Offensichtlich seien eine Reihe technologischer Hürden unerwartet schnell beseitigt worden. „Wir glauben, dass sie das zur Anreicherung benötigte Wissen haben“, sagte El Baradei. „Jetzt ist nur noch die Frage, dieses Wissen zu perfektionieren. Die Menschen mögen das nicht hören, aber das ist eine Tatsache.“

In seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat sagte El Baradei, seiner Einschätzung nach könne Iran innerhalb der kommenden drei bis vier Jahre Atomwaffen entwickeln. Teheran baue seine Kenntnisse und Fähigkeiten aus, ohne dass die IAEA Art oder Ziel des Atomprogramms überprüfen könne, sagte El Baradei. Sollte sich die Lage in diese Richtung weiterentwickeln, werde es zu „einer größeren Konfrontation“ kommen, warnte der Generalsekretär.

Es sei schwer einzuschätzen, wie weit Iran genau vom Bau der Bombe entfernt sei, er teile jedoch die Einschätzung von US-Experten, dass es „in drei bis acht Jahren“ passieren könne, sagte El Baradei. Es gebe keine Anzeichen dafür, dass Teheran zum jetzigen Zeitpunkt versuche, Atomwaffen herzustellen. Der Einblick der IAEA in das iranische Programm werde jedoch immer schlechter.

Der IAEA-Chef appellierte an die großen Atommächte, ihr Atomwaffen-Arsenal zu verkleinern, um eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Neun Länder verfügten derzeit über rund 27.000 atomare Sprengköpfe, und fast alle erweitern und modernisieren ihr Arsenal, kritisierte El Baradei. Andere Staaten stellten daher die Glaubwürdigkeit der Atommächte in Frage. „Wir müssen erreichen, dass die Abrüstung ernst genommen wird“, forderte er.

Die fünf offiziellen Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien haben sich im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet. Israel, Indien und Pakistan besitzen ebenfalls Atomwaffen, haben den Vertrag aber nicht unterzeichnet. Nordkorea hat das Abkommen vor vier Jahren verlassen und im Oktober erstmals einen Atomwaffentest vorgenommen.

Die USA und Deutschland wollen nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters El Baradei für seine Stellungnahme zum iranischen Atomprogramm rügen. El Baradei hatte vorgeschlagen, zur Lösung des Konflikts Zugeständnisse an Iran zu machen. Ein US-Vertreter, der namentlich nicht genannt sein wollte, sagte der Agenturmeldung vom 22. Mai zufolge, die Botschafter der USA, Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs wollten den Generalsekretär der Atombehörde darauf hinweisen, dass seine Äußerungen nicht hilfreich seien.

El Baradei hatte, bevor er seinen Bericht über den Stand des iranischen Atomprogramms dem UN-Sicherheitsrat am 23. Mai vorlegte, gesagt, Iran habe mit seinem Programm bereits Tatsachen geschaffen. Er erachte es für sinnvoller, Iran die derzeitigen Errungenschaften bei der Urananreicherung zu lassen, als auf einen vollständigen Stopp der Aktivitäten zu drängen. So könne man sich besser darauf konzentrieren, Iran von der Herstellung der Kernbrennstoffe in industriellem Ausmaß abzubringen.

Der UN-Sicherheitsrat hatte den vollständigen Stopp der Urananreicherung zur Vorbedingung für Verhandlungen über das Atomprogramm gemacht. Wegen der Weigerung Irans hat der Sicherheitsrat bereits verschärfte Sanktionen gegen das Land verhängt.

USA: Iran-Bericht zeigt Missachtung der Staatengemeinschaft

Der jüngste Bericht der Internationalen Atombehörde IAEA dokumentiert nach Ansicht der USA die andauernde Missachtung der internationalen Gemeinschaft durch Iran. Zudem zeige der Bericht, dass die Führung in Teheran ihre Bürger weiter isoliere, sagte der Staatssekretär im US-Außenministerium Nicholas Burns am 23. Mai in Washington. Das Dokument weise eine ganze Palette an Missachtungen auf. Die USA wollten nun mit ihren Partnern nächste Schritte besprechen.

Burns bekräftigte erneut, die im Atomstreit verhandelnden Länder würden auch weiterhin auf einer kompletten Einstellung der Urananreicherung beharren. Er wies damit den Vorschlag von IAEA-Chef Mohammad El Baradei zurück, Iran bei seiner Urananreicherung Zugeständnisse zu machen.

US-Marine beginnt Kriegsschiff-Manöver vor Irans Küste

Wie die Nachrichtenagentur Reuters am 23. Mai von Bord des Flugzeugträgers John C. Dennis berichtete, hat die US-Marine vor der Küste Irans ihr bislang größtes Manöver seit Beginn des Irak-Kriegs im Jahr 2003 eingeleitet. Neun Kriegsschiffe, darunter zwei Flugzeugträger, durchfuhren mit einer Besatzung von insgesamt 17.000 Mann im Morgengrauen des 23. Mai die internationalen Gewässer der Straße von Hormos. Anschließend sollte mit militärischen Übungen begonnen werden. Das Manöver solle den Golfstaaten versichern, dass sich die USA für die Sicherheit der Region einsetzen, sagte Admiral Kevin Quinn. Es bestehe immer die Gefahr, dass jemand versuche, internationale Schifffahrtskanäle zu schließen. „Und die Straße von Hormos ist besonders gefährdet.“ Die Regierung in Teheran sei über das Vorgehen der USA nicht informiert worden, sagten US-Marine-Vertreter.

Die Straße von Hormos ist eine besonders schmale Meerenge, die den Persischen Golf mit dem Golf von Oman verbindet. Eine Sperrung der strategisch wichtigen Schifffahrtsstraße würde auch unmittelbare Folgen für die Ölversorgung haben, da sie eine der Hauptadern ist, durch die der Rohstoff transportiert wird. Es ist ungewöhnlich, dass sich so viele Seefahrzeuge bei Tageslicht in der Gegend zeigen. Normalerweise durchqueren die US-Schiffe den Kanal nachts, um wenig Aufmerksamkeit zu erregen.

Insbesondere in der Golfregion wird befürchtet, dass die USA sich auf einen Militärschlag gegen Iran vorbereiten. Die iranische Regierung hat sich von dem Manöver unbeeindruckt gezeigt. Das Land werde jeglicher Bedrohung widerstehen und seinen Feinden eine entsprechende Antwort geben, sagte Verteidigungsminister Mostafa Mohammad Nadschar am 23. Mai laut IRNA.

Corriere della Sera: Das iranische Regime soll destabilisiert werden

Zur Ankündigung der USA, den Druck auf Iran nach der Veröffentlichung des neuen Berichts der Wiener Atombehörde IAEA erhöhen zu wollen, schreibt die Mailänder Zeitung Corriere della Sera am 24. Mai:

„Die CIA ist jetzt von Bush autorisiert worden, neue verdeckte Operationen zu starten. Solche, die die Agenten in ihrer eigenen Sprache „black“ nennen. Schwarz, schmutzig. Ziel ist es, das Regime der Mullahs zu destabilisieren. Ihre Nerven sollen zermürbt, die inneren Spannungen verschlimmert und der militärisch-diplomatische Druck soll so erhöht werden, dass er etwas Schlimmeres befürchten lässt. Der Geheimdienst wird gegenüber Teheran Manöver der Propaganda, der Fehlinformation und der Manipulation einsetzen. (…) Aber die Berater halten dazu an, Iran nicht zu unterschätzen. Trotz dieses Belagerungszustands zeigt Präsident Ahmadinedschads Entschlossenheit. Und er antwortet Bush, indem er ihn ebenfalls unter der Gürtellinie zu treffen versucht.“

CBS: Ausländische Geheimdienste sabotieren Irans Atomprogramm

Amerikanische und andere ausländische Geheimdienste arbeiten einem Medienbericht zufolge seit mehreren Jahren an der Sabotage des iranischen Atomprogramms. Verdeckte Mitarbeiter hätten Iran mangelhafte Bauteile verkauft, deren Defekte nicht leicht nachzuweisen seien, meldete der US-Fernsehsender CBS am 24. Mai. Regierungsmitarbeiter verwiesen demnach bereits auf erste Erfolge, wie die Explosion von 50 Zentrifugen in der Atom-

anlage Natans. Diese sei durch fehlerhafte Spannungsregler verursacht worden.

Zu den verdeckten Mitarbeitern zählten ehemalige russische Wissenschaftler und im Ausland lebende Iraner, berichtete CBS unter Berufung auf „Informationen in mehreren Ländern". US-Geheimdienste hätten in den vergangenen Jahren auf unterschiedliche Weise Bauteile, technische Dokumente und gezeichnete Pläne so verändert, dass sie durch diese praktisch nicht nachweisbaren Fehler unbrauchbar geworden seien. Die Namen der Länder, deren Geheimdienste neben denen der USA an den Sabotageakten beteiligt sein sollen, nannte CBS nicht. Das US-Außenministerium und die US-Geheimdienste lehnten eine Stellungnahme zu dem Bericht ab.

US-Regierung lehnt Gefangenenaustausch mit Iran ab

Die US-Regierung hat einen Gefangenenaustausch mit Iran abgelehnt. Der Fall der fünf Iraner, die im Irak wegen des Verdachts auf Unterstützung von Terroranschlägen festgenommen worden waren, werde nicht im Zusammenhang mit den jüngsten Festnahmen von US-Iranern erörtert (s. Bericht auf S. 6), erklärte der Sprecher von US-Präsident George W. Bush, Gordon Johndroe, am 24. Mai in Washington. Die Beschuldigten müssten sich einem Prozess unterziehen, der mehrere Monate dauern werde. Johndroe betonte, dass den gefangenen Iranern konsularische Hilfe sowie Kontakt zum internationalen Komitee des Roten Kreuzes zugebilligt worden seien.

Die fünf iranischen Häftlinge waren am 11. Januar von US-Soldaten im nordirakischen Erbil festgenommen worden. Während Iran versichert, dass es sich um Diplomaten handele, werfen die USA ihnen vor, in ein Netzwerk zur Versorgung Aufständischer mit Sprengstoff verwickelt gewesen zu sein. Das iranische Außenministerium bestellte am 23. Mai den Schweizer Botschafter ein, der die Interessen der USA in Iran vertritt, und forderte eine sofortige Freilassung der Gefangenen.

Indes hat der US-Botschafter im Irak, Ryan Crocker, Iran aufgefordert, seine Unterstützung für Milizen im Irak sofort einzustellen. „Die Unterstützung für bewaffnete Gruppen und die Waffenlieferungen an sie müssen sofort aufhören, denn die Instabilität im Irak wirkt sich auf die gesamte Region negativ aus", sagte Crocker am 23. Mai vor Journalisten in Bagdad.

Um Fragen nach der Kontroverse um das iranische Nuklearprogramm zuvorzukommen, betonte Crocker, bei dem geplanten Treffen iranischer und amerikanischer Diplomaten am 28. Mai in Bagdad werde es nur um die Sicherheit im Irak gehen. Außerdem sei geplant, auch irakische Regierungsvertreter an den Gesprächen zu beteiligen. Irakische Politiker hatten zuvor die Befürchtung geäußert, beide Seiten könnten bei diesem ersten bilateralen Treffen über ihre Köpfe hinweg Vereinbarungen treffen.

Der Botschafter betonte, die US-Regierung sei bereit, auch mit bewaffneten Gruppen zu verhandeln, sollten sich diese entschließen, Teil des politischen Prozesses im Irak zu werden. Ausgenommen von diesem Angebot sei nur die Terrorgruppe Al Kaida.

Die USA verdächtigen Iran, im Irak schiitische Milizen wie die Mahdi-Armee der Bewegung des radikalen Predigers Muktada al-Sadr zu unterstützen. Nach US-Angaben hält sich al-Sadr schon seit einigen Monaten in Iran auf, was seine Anhänger bestreiten. Sadr sei nach viermonatiger Abwesenheit vor knapp einer Woche in den Irak gereist und halte sich derzeit in Kufa nahe der südirakischen Stadt Nadschaf auf, berichtete die „New York Times" am 25. Mai unter Berufung auf US-Geheimdienstmitarbeiter. Sadr gab zu seinem Aufenthaltsort zunächst keine Stellungnahme ab.

Die USA machen Sadrs bewaffnete Anhänger, die Mahdi-Armee, für einen Großteil der Anschläge im Irak verantwortlich. Der Mahdi-Armee gehören unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 10.000 und 60.000 Kämpfer an. Sie sollen Hunderte von Sunniten ermordet haben.

Iran-Kontaktmann im Irak festgenommen

Zwei Tage vor dem Gespräch zwischen Iran und den US haben US-Truppen im Irak einen Extremistenführer festgenommen, der Verbindung zum iranischen Militär haben soll. Der Mann sei bei einem Gefecht im Bagdader Schiiten-Viertel Sadr gefangengenommen worden,

bei dem fünf Extremisten getötet worden seien, teilte das US-Militär am 26. Mai mit. Er sei ein Kontaktmann für einen Offizier der iranischen Revolutionsgarden.

Die fünf Extremisten wurden den US-Angaben zufolge bei einem Luftangriff auf eine Ansammlung von Fahrzeugen getötet, die für einen Angriff auf amerikanische und irakische Soldaten in Stellung gebracht worden seien. Anwohner und Polizisten widersprachen allerdings dieser Darstellung. Die Autos hätten in einer Schlange vor einer Tankstelle gestanden. Wegen der Benzinknappheit sind solche Autoschlangen in dem ölreichen Staat keine Seltenheit. Häufig parken die Fahrer über Nacht vor den Tankstellen, um am nächsten Tag Benzin zu bekommen.

Gespräche mit den USA nur „um Iraks willen"

Teheran werde mit den USA Gespräche über die Lage im Irak „nur um des Iraks willen" führen. Eine eventuelle Verbesserung der Beziehungen zwischen Teheran und Washington werde nicht angestrebt, sagte Irans Revolutionsführer Ali Chamanei am 16. Mai. Er sehe in den in Bagdad geplanten Gesprächen eine Gelegenheit, den USA zu sagen, dass sie im Irak nichts zu suchen hätten und sich aus dem Nachbarland zurückziehen sollten, um dem vom Krieg geplagten Land eine Rückkehr zu Frieden und Stabilität zu ermöglichen. Gespräche zu anderen Themen seien erst möglich, wenn die USA ihre Hegemonie anstrebende Politik im Mittleren Osten beendeten.

Die USA und Iran pflegen schon seit über 27 Jahren keine diplomatischen Beziehungen mehr. Während Washington Iran unter anderem vorwirft, den internationalen Terrorismus zu unterstützen, bezeichnet Teheran die USA als den „Großen Satan" und den größten Feind des Islam. Washington wirft Teheran vor, den Bau von Atomwaffen anzustreben.

Direktgespräch USA/Iran in Bagdad

Das erste Direktgespräch zwischen USA und Iran nach 28 Jahren am 28. Mai in Bagdad ging wie erwartet nach vier Stunden ohne ein konkretes Ergebnis zu Ende. Der US-Botschafter im Irak, Ryan Crocker, der auf amerikanischer Seite die Verhandlung führte, bezeichnete die Atmosphäre als „geschäftsmäßig". Er habe Teheran aufgefordert, die Unterstützung radikaler Gruppierungen im Irak zu stoppen, sagte der Diplomat. Iran müsse zeigen, dass er die irakische Regierung von Ministerpräsident el Maleki nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis unterstütze. Beide Seiten hätten die Grundsätze ihrer Irak-Politik dargelegt. Der Iran müsse allerdings Prinzipien und Aktivitäten in Einklang bringen. „Ich habe den Iranern eine Reihe unserer Bedenken hinsichtlich ihres Verhaltens im Irak erläutert", sagte Crocker im Anschluss an das Gespräch der Presse.

Der Vorschlag Teherans, einen trilateralen Sicherheitsausschuss für den Irak zu gründen, hätten die USA abgelehnt, sagte der Botschafter. Insgesamt habe es aber „ziemlich gute Übereinstimmungen gegeben". Beide Seiten unterstützten einen sicheren, stabilen und demokratischen Irak, der selbst für seine Sicherheit sorge und in Frieden mit seinen Nachbarn lebe.

Der iranische Botschafter im Irak, Hassan Kasemi Ghomi, der die iranische Seite vertrat, schilderte das Treffen als „ersten Schritt" für weitere Verhandlungen. Insgesamt habe die erste Gesprächsrunde positive Ergebnisse gebracht, sagte Ghomi. Die irakische Seite habe angekündigt, beide Seiten zu neuen Gesprächen einzuladen. Er werde diesen begrüßenswerten Vorschlag der Regierung in Teheran mitteilen. Diese werde dann offiziell reagieren. Kazemi unterstrich besonders die Forderung Irans, die irakischen Truppen bald in die Lage zu versetzen, selbst für die Sicherheit zu sorgen.

Vor Beginn des Gesprächs sagte Iraks Ministerpräsident el Maleki, er hoffe, dass dies der Anfang eines neuen Kapitels sei und dass dem Gespräch weitere folgen würden. Iraks Regierungssprecher Ali el Dabbach, der an dem Gespräch teilnahm, sagte: „Es gab wichtige Punkte der Übereinstimmung zwischen beiden Seiten und der irakischen Regierung, die wir weiterzuentwickeln versuchen."

Keine gemeinsame US-iranische Parlamentariergruppe

Zwei Tage nach der Ankündigung der USA und Iran, gemeinsame Gespräche über die Sicherheitslage im Irak führen zu

wollen, schlug eine Gruppe von iranischen Abgeordneten vor, eine US-iranische Parlamentariergruppe zu bilden, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Neun Parlamentarier hätten eine entsprechende Petition unterzeichnet, berichtete die halbamtliche Nachrichtenagentur ILNA am 15. Mai. „Wir wollen die feindselige und kriegshetzerische Politik der USA durch parlamentarische Beziehungen neutralisieren“, sagte der Initiator der Petition, Dschalal Hosseini. Die Parlamentarier wollten zeigen, dass Iran ein pazifistisches Land sei.

Der Sprecher des Ausschusses für Außenpolitik und innere Sicherheit im iranischen Parlament, Kazem Dschalali, dementierte am 16. Mai die „Gerüchte“ über die Bildung einer parlamentarischen Freundschaftsgruppe zwischen den USA und Iran. Bereits vor ihm hatte der Ausschussvorsitzende Alaeddin Borudjerdi gesagt, die Bildung einer solchen Gruppe sei unter den gegebenen Umständen nicht diskutabel. Die Haltung der USA sei Iran gegenüber feindlich. Vielleicht sei dies nicht allen Abgeordneten bewusst.

Die Nachricht über die Bildung einer Parlamentariergruppe wurde von einigen Agenturen verbreitet. Die iranische Agentur „Kar“ bezeichnete den Parlamentsabgeordneten Dschalal Hosseini aus Sandjan als Initiator des Plans.

Ausschusssprecher Dschalali erklärte, „hinter den Gerüchten stecken bestimmte unlautere Absichten“. Demgegenüber sagte Dschalal Hosseini der Agentur „Kar“, Parlamente seien zivile Einrichtungen und sollten als solche nicht mit den Regierungen gleichgesetzt werden. „Wenn Vertreter der Regierung sich mit den Vertretern der USA treffen, dann ist es nicht nachvollziehbar, warum es zwischen den Vertretern der Völker keine freundschaftliche Begegnung geben soll“, sagte Hosseini.

Der Abgeordnete Dariusch Ghanbari, der im Parlament das Treffen mit US-Abgeordneten mit beantragt hatte, meinte, zu den Unterzeichnern gehören sowohl Reformer als auch Konservative. Er äußerte die Hoffnung, dass „in den nächsten Tagen weitere Abgeordnete den Antrag unterzeichnen werden“. Er sagte, der Antrag sei entworfen worden, nachdem einige US-Abgeordnete den Wunsch nach einem Treffen der Gesetzgeber aus beiden Ländern geäußert hätten. Er sei der Meinung, dass eine gemeinsame Parlamentariergruppe antiiranische Beschlüsse in den US-Kammern verhindern könnte.

Die militärische Option soll bleiben

Laut einem Bericht der Net-Zeitung Baztab hat der ehemalige US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Bolton, gemeint, Iran solle, bevor es die Fähigkeit zur Herstellung der Atombombe erlangt, militärisch angegriffen werden. Baztab bezieht sich auf ein Interview des Politikers, der dem Weißen Haus nahe steht, mit der britischen Zeitung „Daily Telegraph“. Die Europäische Union müsse mit Iran härter umgehen, sagte Bolton der Zeitung. Die EU müsse sich eingestehen, dass ihre Verhandlungen mit Iran gescheitert seien. Es sei offensichtlich, dass Iran im Besitz der Atomtechnologie sei, dass es sein Programm fortsetzen werde und damit „die Zeit, die uns noch zur Verfügung steht“ immer weiter verkürze. „Wir müssen zunächst dem Land Wirtschaftssanktionen auferlegen, dann das Regime stürzen und schließlich durch einen militärischen Angriff die Atomanlagen zerstören“, sagte Bolton.

Es sei inzwischen sicher, dass Iran nicht gewillt sei, über die Aussetzung seines Atomprogramms zu verhandeln, fuhr Bolton fort. Daher müsse der Druck auf das Land verstärkt werden. Sollten andere Länder sich weigern, dieser Strategie zu folgen, müssten die USA durch die Unterstützung der iranischen Opposition und auf sonstigem Weg versuchen, in Iran einen Regimewechsel herbeizuführen. Vielleicht werde Teheran, wenn das Regime die Drohungen ernst nimmt, zum Einlenken bereit sein. „Sollte auch dieser Weg nicht zum Erfolg führen, dann müssen wir zwischen einer Atommacht Iran und der Anwendung der Gewalt die Gewalt wählen“, sagte Bolton weiter.

Er sei sich bewusst, dass die Anwendung militärischer Gewalt schlimme Folgen haben könnte und es könne durchaus sein, dass auch dieser Weg letztlich erfolglos bleiben würde. Denn man könne zwar die Atomanlage in Natans zerstören, aber die Iraner könnten möglicherweise ihr Programm an anderen geheimen Orten fortsetzen.

Bolton betonte, dass die militärische Option die letzte Option sein müsste. Er lobte den britischen Premier Tony Blair für dessen Unterstützung im Irak-Krieg, kritisierte ihn aber, weil er für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Iran eintrete.

Angeblich Waffenlieferungen Irans an Taliban

Einem britischen Zeitungsbericht zufolge unterstützt Iran den Kampf der radikalislamistischen Taliban in Afghanistan gegen internationale Truppen mit Waffen und Munition. Offiziere der iranischen Revolutionsgarden belieferten die Taliban mit hunderten Waffen, darunter Boden-Luft-Raketen, Plastiksprengkörper, Granatwerfer und Maschinengewehre, berichtete die Zeitung „Daily Telegraph“ am 22. Mai unter Berufung auf britische Armeekreise.

Die Waffen würden vermutlich entweder direkt aus dem Iran oder über Zwischenhändler nach Afghanistan geliefert. Meistens würden sie auf Lastern oder Eseln in das Sagnin-Tal in der südlich gelegenen Unruheprovinz Helmand gebracht und für Angriffe auf britische Soldaten genutzt, berichtete der „Daily Telegraph“ weiter. Die aus Iran stammenden Waffen seinen von US-Spezialeinheiten entdeckt worden.

Die USA hatten Iran bereits im April beschuldigt, die Taliban in Afghanistan zu unterstützen. Iran wies die Anschuldigungen zurück. Eine Unterstützung Irans für die afghanischen Taliban würde einen deutlichen Kurswechsel in Teheran bedeuten. Die schiitische iranische Führung und die radikalsunnitischen Taliban standen sich bislang feindlich gegenüber.

Schiitische Geistliche begrüßen iranisch-amerikanischen Dialog

Der irakisch-schiitische Klerus hat den geplanten iranisch-amerikanischen Dialog über die Sicherheitslage im Irak begrüßt. Ein Vertrauter von Großayatollah Ali al-Sistani sagte am 18. Mai in der schiitischen Pilgerstadt Nadchaf: „Dies ist ein viel versprechender Schritt in die richtige Richtung“.

In seiner Freitagspredigt vor hunderten von Gläubigen warnte Scheich Sadr al-Din al-Kabandschi jedoch beide Seiten davor, über die Köpfe der Iraker hinweg Entscheidungen über deren Schicksal zu treffen. „Wir wollen keine Einmischung, keinen Druck und keine vorgefassten Ansichten oder Strategien“, fügte er hinzu.

Der Geistliche sagte mit Blick auf den Streit um das iranische Nuklearprogramm, er hoffe auch, „dass dieser Dialog zu einem Frieden zwischen den USA und Iran führt“. Die Menschen in der Region machten sich große Sorgen über einen möglichen Krieg, der unabsehbare Folgen hätte.

Ayatollah Hakim zur medizinischen Behandlung in Iran

Großayatollah Abdolaziz Hakim, Führer der stärksten schiitischen Fraktion, erklärte am 21. Mai, er halte sich zur Heilung eines „leichten Lungentumors“ im Iran auf. In einer Botschaft an das irakische Volk, die vom irakischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, sagte er, die Diagnose seiner Lunge zeige leichte Schwellungen, die leicht geheilt werden können.

Hakim war zunächst in die USA gereist. In einem Krankenhaus in Huston wurde Lungenkrebs diagnostiziert. Er sei nach Iran gereist, weil es sich um ein Nachbarland handele und er sich in der Nähe seiner Heimat wohler fühle, sagte der geistliche Würdenträger. Er versprach dem irakischen Volk, sobald wie möglich in den Irak zurückzukehren.

Ayatollah Abdolaziz Hakim und sein Bruder, der nach dem Sturz Saddam Husseins im Irak ermordet wurde, hatten sich von 1982 an bis nach dem Irak-Krieg in Iran aufgehalten. Dort gründeten sie den „Hohen Rat der islamischen Revolution Irak“ (SCIRI). Der Rat, der zu den wichtigsten Gegnern des Saddam-Regimes gehörte, wurde von der iranischen Staatsführung unterstützt. Heute gehört der Rat zu den wichtigsten politischen Kräften im Irak. Der Name des Rats wurde kürzlich geändert. Die Partei habe den Bezug zur Revolution aus ihrem Namen getilgt und heiße nun Oberster Islamischer Rat im Irak, sagte Vorsitzender Hakim.

Ayatollah Hakim, 57, der 2003 nach dem Attentat auf seinen Bruder die Führung des Rates übernahm, spielte beim Zustandekommen der Koalition zwischen verschiedenen schiitischen Gruppen und

Organisationen eine wichtige Rolle. Die Koalition errang bei den Wahlen zum irakischen Parlament 115 der 275 Sitze. Hakim pflegt ausgezeichnete Beziehungen zur iranischen Führung, ist aber ebenso um gute Beziehungen zur amerikanischen Regierung bemüht. Im vergangenen Jahr wurde er von Präsident George W. Bush in Washington empfangen.

Politische Beobachter äußern die Vermutung, dass Hakims Aufenthalt in Teheran auch nichtmedizinische Gründe haben könnte. Jedenfalls gehört Hakim zu den Persönlichkeiten, die möglicherweise bei der Annäherung zwischen Teheran und Washington eine wichtige Vermittlerrolle spielen könnten.

Mottaki zum Friedensvorschlag arabischer Staaten

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki, der am 20. Mai an einem internationalen Wirtschaftstreffen in Jordanien teilnahm, erklärte nach einem Bericht der BBC vom 20. Mai während seiner Rede, „niemand könne einen Staat von der Landkarte tilgen.“ Damit befand sich Mottaki im Widerspruch zu seinem Regierungschef Ahmadinedschad, der mit Bezug auf Israel das Gegenteil behauptet hatte. Vielleicht aus eben diesem Grund fühlte sich der Außenminister nachträglich zu einem Dementi verpflichtet. Mit dieser Äußerung habe er nicht Israel, sondern Palästina gemeint, sagte er der iranischen Nachrichtenagentur IRNA. „Ich habe bei dem Treffen gesagt, jedes Schulkind weiß, dass man ein Volk wie das palästinensische nicht einfach von der Landkarte streichen kann“, erläuterte der Minister. Zu Israel meinte er, es handele sich um ein Regime, das „von Grund auf illegal ist“.

Mottaki wiederholte beim Wirtschaftstreffen die offizielle Position der Islamischen Republik und meinte, in dem Gebiet, in dem der Staat Israel entstanden sei, müsse die Staatsordnung durch eine Volksbefragung, an der Muslime, Juden und Christen teilnehmen, neu festgelegt werden. Er kritisierte den Friedensvorschlag der Golfstaaten und meinte, der Vorschlag sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn er grenze die wichtigsten Fragen wie die der Hauptstadt oder der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge aus. Zudem sei Israel ohnehin nicht bereit, Frieden zu schließen. Seit dreißig Jahren seien rund 130 Vorschläge zum Frieden vorgelegt worden, doch keiner von ihnen sei realisiert worden, sagte Mottaki. Unter den rund tausend Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft befanden sich auch der afghanische Staatspräsident Hamid Karsai und Schokat Asis, Pakistans Ministerpräsident.

Die Äußerung Mottakis zum Friedensvorschlag arabischer Staaten löste bei den betreffenden Staaten viel Unmut aus. „Das ist eine Angelegenheit arabischer Staaten“, sagte der ehemalige Botschafter Saudi-Arabiens in den USA, Tarki al Faisal. „Sie muss durch arabische Staaten gelöst werden.“ Die „Perser“ sollten sich da raushalten. Jordaniens Ministerpräsident Marouf al-Bakhit wurde noch deutlicher. Die Behauptung, es habe bisher 130 Vorschläge gegeben, sei falsch, sagte er. Der Friedensvorschlag arabischer Staaten sei einzigartig. Er zeige einen klaren und gangbaren Weg zum Frieden.

Papst sprach mit Chatami

Papst Benedikt der XVI. hat am 4. Mai in Rom den ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Mohammad Chatami zu einem Gespräch über die Lage im Nahen Osten empfangen. Chatami ist einer der einflussreichsten muslimischen Politiker, der seit der umstrittenen Papstrede zum Thema Islam und Gewalt im vergangenen Jahr in Regensburg mit dem Kirchenoberhaupt zusammentraf. Wie Radio Vatikan berichtete, forderten beide Seiten die internationale Gemeinschaft zu weiteren Initiativen im Nahost-Friedensprozess auf. Oberstes Ziel sei es, „ernsthafte Verhandlungen“ anzubahnen.

Zugleich kamen auch die Spannungen zwischen radikalen Muslimen und dem Westen zur Sprache. Beide Seiten hätten “die Notwendigkeit eines sachlichen Dialogs zwischen den Kulturen“ betont, erklärte der Vatikan. Auf diese Weise könnten die „schwierigen Spannungen unserer Zeit“ überwunden werden, teilte der Vatikan nach der Audienz ohne Angaben von Einzelheiten mit. Weiteres Thema war die Situation der Christen in Iran. Chatami war bereits vor Jahren zu Besuch im Vatikan.